

Kreistag beschließt: Ökostation soll ausgebaut werden

Die Maschinenhalle an der Ökostation in Bergkamen ist 2018 teilweise abgebrannt und musste abgerissen werden. Jetzt hat der Kreistag beschlossen, dass neu gebaut werden soll: Das neue Gebäude soll im Erdgeschoss neben den betrieblichen Räumen der Biologischen Station einen zentralen Empfang für Besucher erhalten, so der Plan.

Im Obergeschoss sind Büroräume für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bisher im Obergeschoss des Haupthauses arbeiten, vorgesehen. Im Osten mit optischer Öffnung zur Lippeaue wird das Besucherzentrum mit rund 100 Quadratmetern Grundfläche geplant. Für die Gestaltung einer Ausstellung in diesen Räumlichkeiten hat die Naturförderungsgesellschaft (NFG) bereits seitens der NRW-Stiftung einen Förderbescheid über 250.000 Euro erhalten.

Baugenehmigung noch 2022

Die Vorplanungen für den Bau durch das Büro archplan sind abgeschlossen. Die Unterlagen zum Bauantrag können eingereicht werden. Mit einer Genehmigung des Baus ist noch im Jahr 2022 zu rechnen. PK | PKU

Kreistag beschließt: Zuschuss

für Verhütungsmittel

Ungewollt schwanger, weil das Geld für Verhütungsmittel fehlte? Das soll im Kreis Unna künftig seltener vorkommen, sagen die Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen im Kreis und schlagen gemeinsam mit einer Kreistagsfraktion einen Verhütungsmittelfonds vor. Den hat der Kreistag jetzt genehmigt.

Dass das angebracht ist, zeigt ein Blick in die Statistik der Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle des Kreises Unna: „42 Prozent aller Personen, die die Beratungsstelle 2021 mit dem Gedanken an einen Abbruch aufgesucht haben, gaben an, dass sie sich eine Schwangerschaft nicht leisten können“, so Simone Saarbeck aus der Beratungsstelle. „Gut 50 Prozent dieser Personen gaben auch an, sich keine Verhütungsmittel leisten zu können. Tatsächlich dürften sich darüber hinaus aber noch viel mehr Personen für das neue Angebot interessieren.“

Anerkannte Beratungsstellen sind Ansprechpartner

Wer also zu wenig Geld für Verhütungsmittel hat, kann sich ab dem 1. Juli an die staatlich anerkannten Beratungsstellen im Kreis wenden. Sie prüfen, ob der Zuschuss gewährt werden kann. Voraussetzung ist, dass der Antragsteller bzw. die Antragstellerin mindestens 23 Jahre alt ist, seit mindestens drei Monaten im Kreisgebiet wohnt und staatliche Leistungen wie Wohngeld oder Sozialhilfe bezieht. Auch Gehaltsnachweise müssen vorgelegt werden (Geringverdiener können auch einen Antrag stellen).

Als Verhütungsmethode kommen dabei nur zuverlässige und verschreibungspflichtige Mittel in Frage wie die Pille, die Kupferspirale, der Vaginalring oder auch die Sterilisation – Verhütungsmittel wie Kondome werden also nicht bezuschusst. Zuschuss heißt dabei: Es wird nicht alles bezahlt. 20 Prozent der Kosten trägt dabei immer die antragstellende Person. Das lohnt sich aber dennoch, denn zum Beispiel eine Kupferspirale

kostet im Schnitt bis zu 220 Euro. Der Eigenanteil läge dabei bei 44 Euro – 176 Euro gibt es als Zuschuss. Für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 stehen je 15.000 Euro dafür bereit.

Die Richtlinien zur Gewährung der Zuschüsse sowie eine Übersicht der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen ist unter www.kreis-unna.de/schwangerenberatung zu finden. PK | PKU

**Sieger des Architektur-
Wettbewerbs für neues
Grubenwasserhebwerk stehen
fest: Neue Landmarke für
Bergkamen**



Entwurf des Planungsbüros Mecke Palme (Berlin) für das Grubenwasserhebewerk in Oberaden.

„Vorhänge aus Edelstahlringen“, mit dieser Entwurfsidee hat das Planungsbüro Mecke Palme (Berlin) den internationalen Architektur-Wettbewerb für die Fassadengestaltung des neuen Grubenwasserhebewerks auf dem Gelände der Wasserstadt Aden gewonnen – und damit die sieben weiteren eingereichten Beiträge hinter sich gelassen. Die gestrige Sitzung der Jury aus Fachleuten und Lokalpolitikern bildete nach rund sechs Monaten Bearbeitungszeit den Abschluss des Wettbewerbs. Mit den Büros Sterling Presser Architects+Engineers (Berlin) und Halfmann Architekten (Köln) kürte das Preisgericht zudem zwei weitere Preisträger.

Die Aufgabe für die Architekten hatte es in sich: Das Grubenwasserhebewerk, welches über dem Schacht der ehemaligen Zeche Haus Aden entstehen soll, ist ein schlichtes, aber markantes Funktionsbauwerk gedacht. Mit seiner Lage inmitten der Wasserstadt Aden sowie der direkten Nähe zur Halde Großes Holz, die im Jahr 2027 Teil der Internationalen Gartenausstellung Metropole Ruhr (IGA) wird, werden hohe Qualitätsanforderungen an Städtebau und Baukultur verbunden.

Als rund 30 m hohe Landmarke wird das neue Grubenwasserhebwerk zudem weithin sichtbar.

Der besondere Charakter des Bauwerks hatte die Stadt Bergkamen dazu bewogen – mit Unterstützung der Ruhrkohle AG als künftiger Betreiberin des Grubenwasserhebwerks – einen internationalen Architektur-Wettbewerb für die Gestaltung der Gebäudefassade auszuloben. „Ich freue mich sehr über die qualitativ durchweg hochwertigen Einsendungen und war begeistert von der spannenden Diskussion in der Jury“, kommentiert Bürgermeister Bernd Schäfer die Entscheidung des Preisgerichts, mit der die Realisierung des Hebwerks einen weiteren Schritt näher rückt. Das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen sieht in dem Neubau ein „Nationales Projekt des Städtebau“ und fördert das Projekt mit rund 1,4 Mio. Euro.

So schwierig die Aufgabe auch zu lösen war, am Ende hat das Planungsbüro Mecke Palme die Jury zu einem einstimmigen Urteil bewogen und mit seinem feinsinnigen Ansatz voll überzeugt. Dabei umhüllen vier Vorhänge aus Edeldstahlgewebe den Turm des Hebwerks und verleihen ihm dadurch eine konkave Form. Die „fließende“ Fassade erinnert an eine Wasseroberfläche, die das Funktionsbauwerk sanft umspielt und in Kombination mit der Durchlässigkeit des Materials den Eindruck eines lebendigen Bauwerks erzeugt, das auch ohne weitere technische Hilfsmittel in der Lage ist Emotionen zu wecken.

Auch das zurückhaltende Lichtkonzept überzeugte die Jury. Während der Wintermonate erleuchtet der Turm in einem leichten Rotton ausgeleuchtet, im Sommer dagegen in hellem Blau. Die Prozesse der Energiegewinnung, die zum Heizen und Kühlen der Gebäude der Wasserstadt dienen, werden auf diese Weise nach außen hin sichtbar. Der Siegerentwurf sieht zudem eine Aussichtsplattform inklusive digitalem Informationsangebot vor, welches über die computergestützte dreidimensionale Wahrnehmung Wirklichkeit – sogenannte augmented reality – die Funktionsweise der Grubenwasserhebung erläutert. Die

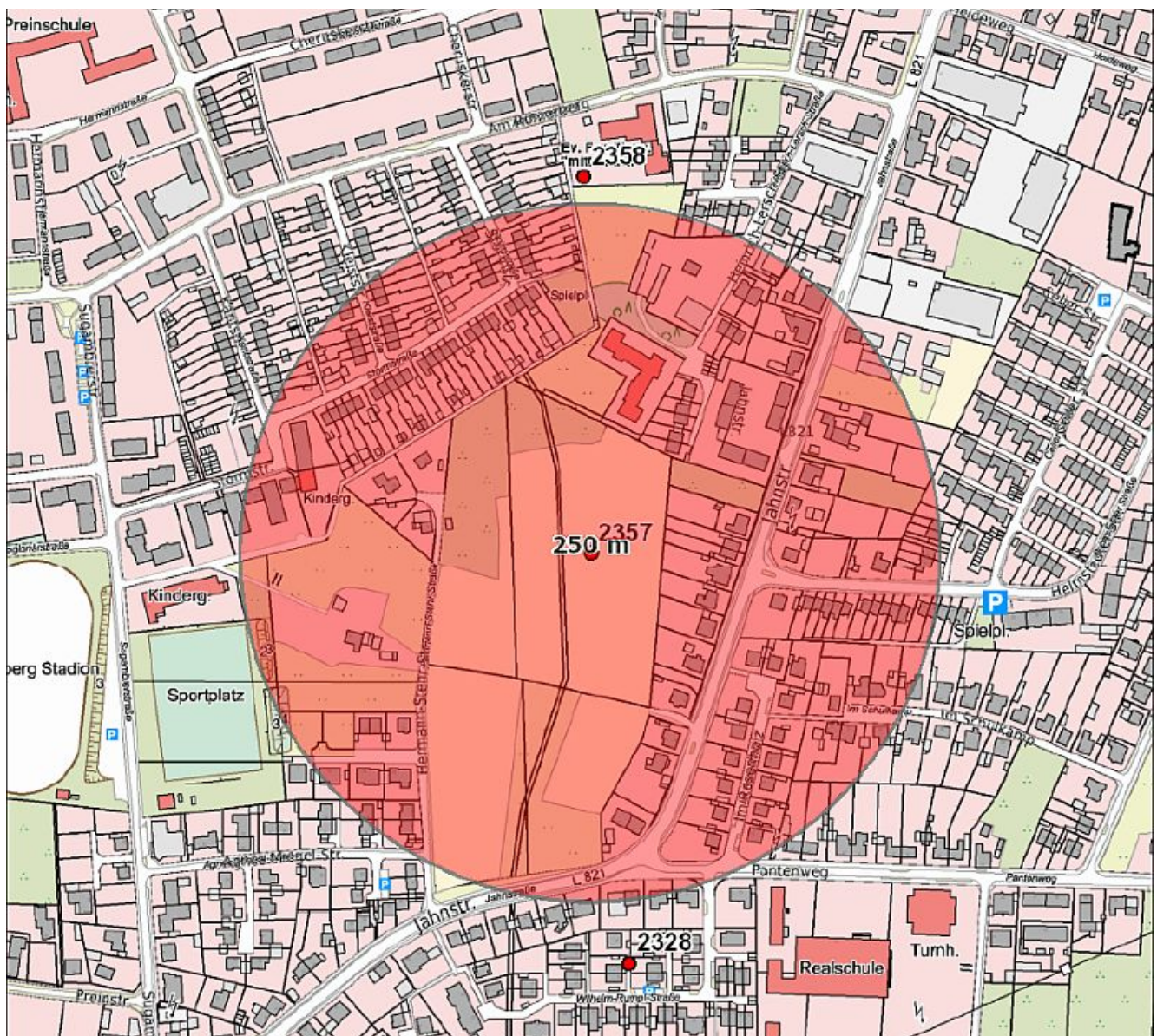
Seilscheiben des ehemaligen Schachtgerüsts Haus Aden erwachen in diesem Rahmen zu neuem Leben.

Am Ende der Sitzung sind sich alle Beteiligten einig: Alle drei Preisträger entwickeln mit ihren Entwürfen eine einzigartige Architektursprache, die das neue Grubenwasserhebwerk in den Rang einer Landmarke erhebt und der Stadt Bergkamen ein weiteres Alleinstellungsmerkmal mit nationaler Aufmerksamkeit verschafft. Alle Entwurfsarbeiten – die der drei Sieger und die weiteren fünf Wettbewerbsbeiträge – können auf der städtischen Homepage unter www.bergkamen.de/grubenwasserhebwerk eingesehen werden. Die Stadt Bergkamen wird nun die weitere Detailplanung beauftragen. Der Bau des neuen Hebwerks beginnt voraussichtlich im kommenden Jahr.



Die Jury hat entschieden. Foto: Stadt Bergkamen

Blindgänger: Evakuierung und Straßensperrungen im Umfeld des Baugebiets „Erdbeerfeld“ in Oberaden



Evakuierungsradius

Am Dienstag, 21. Juni, wird der Kampfmittelbeseitigungsdienst

der Bezirksregierung Arnsberg im Bereich des Baugebiets „Erdbeerfeld“ an der Hermann-Stehr-Straße einen Bombenblindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg entschärfen. Die Arbeiten beginnen um 11.00 Uhr und dauern voraussichtlich bis 16.00 Uhr – je nach Art, Lage und Zustand des Blindgängers. Zum Schutz der Bevölkerung ist es erforderlich, in einem Umkreis von 250 m um den Fundort alle Personen zu evakuieren und alle Straßen zu sperren.

Die Stadt Bergkamen wird die von der Entschärfung betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner im Laufe des Mittwochs über die Einzelheiten und den Ablauf der Evakuierung informieren. Personen, die für die Dauer der Maßnahme ein Ausweichquartier benötigen – zum Beispiel weil sie ihre Wohnung nicht aus eigener Kraft verlassen können oder in ihrer Mobilität eingeschränkt sind – stellt die Stadt Bergkamen die Römerbergsporthalle als Sammelstelle zur Verfügung. Die Betreuung vor Ort übernimmt das Deutsche Rote Kreuz.

Von den Sperrungen ist die Jahnstraße von der Einmündung Pantenweg bis zur Hausnummer 82 betroffen. Darüber hinaus müssen die Straße Im Rosenholz über die komplette Länge sowie Teile der Straßen Im Schulkamp, Helmstedter Straße, Heinrich-Lersch-Straße, Stormstraße, Kleiststraße und Hermann-Stehr-Straße gesperrt werden. Alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer sind aufgerufen, diese Bereiche am Dienstag weiträumig zu umfahren.

Die Sperrungen nehmen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei und der Stadt Bergkamen ab ca. 11.00 Uhr vor. Die Verkehrsgesellschaft Kreis Unna (VKU) wird die betroffenen Buslinien umleiten. Nach erfolgter Entschärfung erfolgt eine Entwarnung über die Webseite der Stadt Bergkamen, die lokalen Medien – darunter auch Antenne Unna – sowie die Warn-App NINA.

Wechsel an der Spitze der Stiftung Weiterbildung: Sascha Dorday folgt Dr. Michael Dannebom als Geschäftsführer



Der Vorstand der Stiftung Weiterbildung: Sascha Dorday (1. Reihe, rechts) löst Dr. Michael Dannebom (1. Reihe, 2. v. rechts) als Geschäftsführer ab. Jutta Reiter (1. Reihe, links) und Dr. Volker Verch (1. Reihe, 2. v. links) wurden wiedergewählt. Foto: Max Rolke

Sascha Dorday ist neuer Geschäftsführer der Stiftung

Weiterbildung. Er folgt auf Dr. Michael Dannebom, der sich Ende Juli in den Ruhestand verabschiedet und der Stiftung seit ihrer Gründung im Jahre 1990 als Geschäftsführer vorstand.

„Dr. Michael Dannebom hat die enorme Bedeutung des Themas Weiterbildung als Schlüsselqualifikation und weichen Standortfaktor früh erkannt und die Gründung der Stiftung seinerzeit aktiv vorangetrieben. Mit viel Herzblut und Engagement ist es ihm in den vergangenen drei Jahrzehnten gemeinsam mit dem Vorstandsteam gelungen, viele wegweisende Projekte zum Wohle der Menschen und der Betriebe im Kreis Unna auf den Weg zu bringen“, lobte Sascha Dorday die Verdienste seines Vorgängers. „Ich freue mich, an die erfolgreiche Arbeit anzuknüpfen und in enger Abstimmung mit den starken Partnern der Stiftung weiter an den Themen Berufsorientierung und Weiterbildung zu arbeiten, um die Unternehmen bei der Fachkräftesicherung zu unterschützen“, so Sascha Dorday.

In den Vorstand wiedergewählt wurden Jutta Reiter (DGB Region Dortmund-Hellweg) und Dr. Volker Verch (Unternehmensverband WestfalenMitte e. V.). Neben den Wahlen ließen die Vorstandsmitglieder bei ihrer turnusmäßigen Sitzung die vergangenen Monate Revue passieren und schmiedeten Pläne für die Zukunft.

Zum Hintergrund: Die Stiftung Weiterbildung wird von der Wirtschaftsförderung Kreis Unna (WFG) getragen. Mit unterschiedlichen Initiativen und Aktionen hat sich die Stiftung den Themen Berufsorientierung und berufliche Weiterbildung verschrieben, um die Unternehmen in den zehn Städten und Gemeinden des Kreises Unna bei der Fachkräftesicherung zu unterstützen. Zu den Angeboten der Stiftung gehört eine qualifizierte und kostenlose Beratung für die berufliche Weiterbildung und die Vergabe von Bildungsschecks. Darüber hinaus koordiniert sie die Vergabe des BerufswahlSIEGELS sowie die Aktivitäten des zdi-Netzwerkes Perspektive Technik. Neben der WFG engagieren sich die hiesigen Kammern, der Unternehmensverband Westfalen-Mitte

e.V., der DGB Region Dortmund-Hellweg und die Arbeitsagentur in der Stiftung.

Bergkamener schnuppern Parlamentsluft in Berlin



Die Bergkamener Gruppe vor dem Gebäude des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Foto: Martin Gerling

Fünf CDU-Mitglieder aus Rünthe, Heil und Oberaden gehörten zu den ersten, die nach jahrelanger pandemiebedingter Pause auf Einladung des heimischen CDU-Bundestagsabgeordneten Hubert Hüppe wieder nach Berlin reisen konnten.

Neben der Besichtigung des Deutschen Bundestages mit einem

spannenden Vortrag über die Arbeit des Parlaments und dem Ausblick über die Dächer Berlins von der gläsernen Reichstagskuppel war der Besuch des Kleisthauses ein weiterer Höhepunkt des Besuchsprogramms. Das denkmalgeschützte Gebäude mitten im Regierungsviertel gehört seit dem Umzug von Bonn nach Berlin zum Bundesministerium für Arbeit und Soziales und war von 2009 bis 2013 Dienstsitz Hüppes als Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen.

Zwischen den Programmpunkten nutzte die Gruppe die freie Zeit, um Berlin auf eigene Faust zu erkunden. „Es war sehr schön, mal wieder rauszukommen und das politische Berlin zu erleben,“ fasste Teilnehmerin Annette Adams die rundum positiven Eindrücke der Bergkamener Gruppe nach der dreitägigen Reise in die Bundeshauptstadt zusammen.

Bürgermeister gratuliert: Barbara Billhardt seit 40 Jahren im öffentlichen Dienst

Aus Anlass ihres Dienstjubiläums wurde



Von links: Martina Bierkämper, Bürgermeister Bernd Schäfer, Thomas Hartl, Barbara Billhardt, Michael Hoffmann. Foto: Stadt Bergkamen

im Rahmen einer Feierstunde durch Bürgermeister Bernd Schäfer, Leiter Zentrale Dienste Thomas Hartl, Gleichstellungsbeauftragte Martina Bierkämper und Personalratsvorsitzenden Michael Hoffmann geehrt.

Frau Billhardt kann auf 40 Jahre im öffentlichen Dienst zurückblicken.

Im Jahr 1981 beendete Frau Billhardt erfolgreich ihr Studium in der Fachrichtung Sozialpädagogik an der Fachhochschule in Dortmund. Seit August 1983 ist Frau Billhardt als Sozialarbeiterin bei der Stadt Bergkamen beschäftigt. Im Jahr 1986 erfolgte die Übernahme in das Beamtenverhältnis.

Seit ihrer Einstellung ist Frau Billhardt im Jugendamt tätig.

Dort war sie bis August 2018 unter anderem mit der Hilfe und dem Schutz für Kinder- und Jugendliche bei der Erziehung betraut. Außerdem betreute sie Personen und Familien, die sich in besonderen Schwierigkeiten befinden. Frau Billhardt gab

auch Hilfestellung zur Eingliederung von seelisch behinderten Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen. Vormundschaftsgerichtliche Maßnahmen und gutachterliche Stellungnahmen wurden als Grundlage für die richterlichen Entscheidungen durch sie vorbereitet.

Seit September 2018 ist Frau Billhardt im Familienbüro der Stadt Bergkamen tätig. Hier organisiert und führt sie die Besuche von neugeborenen Kindern durch und informiert die Eltern hierbei über verschiedene Hilfeangebote der Stadt Bergkamen. Gleichzeitig organisiert und leitet sie zusammen mit verschiedenen Kooperationspartnern die Eltern-Kind-Kurse.

Für die langjährige Unterstützung und die außergewöhnliche Verbundenheit mit der Stadt Bergkamen möchte ich mich ausdrücklich bedanken, drückte Bürgermeister Bernd Schäfer seine Wertschätzung aus.

Politische Frühschoppen der IG BCE Ortsgruppe Weddinghofen war ein voller Erfolg

Der politische Frühschoppen der IG BCE Ortsgruppe Weddinghofen war ein voller Erfolg. Rund 50 Teilnehmer hatten sich versammelt, um mit den Vertretern der Fraktionen über die Probleme in Weddinghofen zu diskutieren. Die Anwesenheit der Fraktionsvorsitzenden machte deutlich, wie wichtig man diese Veranstaltung nimmt.

Auch die Bürgerinnen und Bürger waren sehr diskussionsfreudig.

Folgende Themen wurden bearbeitet:

- Einkaufsmöglichkeiten in Weddinghofen, insbesondere die Nahversorgung
- Energiepreise GSW
- Angebote für Jugendliche
- Ladestationen
- IGA 2027
- Flächennutzungsplan, Gewerbeflächen Arbeitslosigkeit, Arbeits- und Ausbildungsplätze
- Bebauungsplan Weddinghofen
- Verkehrsplanung
- Freizeitbad
- Digitalisierung
- Armut / Altersarmut

Zu den Einkaufsmöglichkeiten ist zu sagen, dass sich alle Parteien einig waren, dass der Ortsteil schnellstens wiederbelebt werden muss.

Das ehemalige Walmartgelände liegt seit Jahren brach. Man hofft, dass die Investoren auf diesem Gelände tätig werden und dort Geschäfte für die Nahversorgung errichten. Gastronomie und Fachgeschäfte wären ebenso wünschenswert.

Die Errichtung eines neuen Netto am Wellenbad ist in weite Ferne gerückt, da sich viele Dinge erst über Gerichtsverfahren klären lassen.

In Weddinghofen geht das Gerücht um, dass die Albert-Schweitzer- Schule abgerissen werden soll und die Fläche neu bebaut werden soll. Das Gerücht wurde aber nicht bestätigt. Hingegen wurde seitens der Grünen vorgeschlagen, das ehemalige Kaufland wiederzubeleben. Ein Netto zur Nahversorgung reiche nicht aus. Übergangsweise treffen sich die Weddinghofener zum Einkaufen in Oberaden und Rünthe.

Zur Bebauung in Weddinghofen ist zu sagen, dass momentan viele Freiflächen (Heideschule,ehemaliges Gelände Grimberg $\frac{3}{4}$)

zugebaut werden. Einfamilienhäuser, Doppelhaushälften, PwD, Waldsiedlung entstehen.

Hier ist es wichtig, auch in der Peripherie Geschäfte entstehen zu lassen und eine vernünftige Verkehrsführung zu gewährleisten.

Zur GSW ist zu sagen, dass diese sich als verlässlicher Partner erwiesen hat. Darüber waren sich alle einig. Über kurz oder lang wird jedoch auch die GSW die Preise für Energie erhöhen müssen. Es wird jeden Geldbeutel treffen.

Im Übrigen tauchte die Frage auf, ob die GSW bereit ist, Ladestationen zu betreiben. Es wurde bestätigt, dass die GSW bestrebt ist, die Ladeinfrastruktur auszubauen.

Es sieht so aus, dass das Freizeitbad aufgrund der derzeit politischen und wirtschaftlichen Lage teurer wird als geplant. Jedoch waren sich alle Parteien einig, dass das Freizeitbad in Weddinghofen errichtet wird.

Zur IGA (internationalen Gartenausstellung) 2027 will man sich beim nächsten politischen Frühschoppen unterhalten. Wie sieht die Planung hierzu aus. Die Bürgerinnen und Bürger möchten gerne wissen, was die Stadt für Kosten zu tragen hat.

Vor allem möchte man aber wissen, was bleibt am Ende für die Bergkamener Bevölkerung von der IGA übrig. Folgenutzung und Folgekosten sind abzuklären.

Weiterhin wurden die politischen Vertreter aufgefordert, sorgsam mit den Gewerbeflächen umzugehen. Es muss Platz für Unternehmen und somit Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen werden.

Riesige Logistikhallen, die viel Fläche brauchen, sind nicht die ideale Lösung.

Die Arbeitslosigkeit liegt mit derzeit 8% in Bergkamen deutlich über dem NRW- Durchschnitt. Rund 139 Menschen unter

25 Jahren sind zur Zeit in Bergkamen arbeitslos.

Zur Verkehrsplanung, wenn man sie denn so nennen darf, gibt es große Abstimmungsschwierigkeiten zwischen Gemeinde, dem Kreis und Straßen NRW. Baustellen sorgten für ein Verkehrschaos in Bergkamen insbesondere auf der Schulstraße. Nur langsam entpannt sich die Situation, wengleich das Verkehrsaufkommen deutlich zu hoch ist. Hinzu kommt, dass LKW> mit Gefahrgut über diese Straße fahren, was sie aus Sicherheitsgründen teilweise gar nicht dürfen. Oftmals ist es schon zu Beinahe-Unfällen gekommen. Die Einwohner fordern endlich ein Durchfahrtsverbot für schwere LKW's.

Es wird Zeit, dass die L821 n fertiggestellt wird und die Schulstraße herabgestuft wird.

Einige Teilnehmer aus dem Bereich Goethestraße/ Pfalzstraße beschwerten sich über den Zustand des Verkehrs zu den Stoßzeiten an der Pfalzscheule. Hier muss es endlich eine Lösung geben um dem Verkehrschaos und dem Parkproblem Herr zu werden.

Einig war man sich auch darüber, dass wenn eine neue Verkehrsführung geplant wird, man sich auch mit den Anliegern (z.B. Im Kattross/ Erich- Ollenhauer- Straße) in Verbindung setzt, damit eine vernünftige und anwendbare Lösung gefunden wird.

Auch die Jugendlichen meldeten sich zu Wort.

Vandalismus wird ihnen vorgeworfen. Sie stehen unter Generalverdacht alles zerstören zu wollen. Doch sie wehren sich. Sicherlich gibt es immer einige Chaoten, die etwas beschädigen, aber sie gehören nicht dazu. Vielmehr muss ihr Umfeld besser gestaltet werden. Der Ruf nach Basketballfeldern und Skateranlagen wären ein Beispiel dafür. Am liebsten wünschen Sie sich ein Kino. Ein oder 2 Unterstände reichen nicht aus und sind zudem primitiv. Darüber hinaus beklagen sie, dass die Jugendzentren um 21.00 Uhr schließen. Sie

sollten ruhig 1 oder 2 Std länger geöffnet bleiben.

Altersarmut und Armut generell ist ein Problem, dass man nicht unterschätzen soll. Viele Familien, ältere Menschen und Alleinerziehenden bekommen die steigenden Preise immer mehr zu spüren. Hier ist die Politik mehr denn je gefordert. Die Bundespolitik ist ganz besonders gefordert.

Aber auch hier, in unserer Stadt, ist es die Pflicht der Verwaltung, der Vereine, der Organisationen, der Politik, der Bürgerinnen und Bürger den Menschen zu helfen, wenn diese aufgrund monetärer Probleme in Not geraten.

Man war sich einig, dass ihnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sichergestellt werden muss.

Der nächste politische Frühschoppen findet in ca. einem Jahr statt. Dann wird man sehen, was sich aus diesen Diskussionen ergeben hat.

Den Politikern zollte man Respekt, da sie sich den Diskussionen stellten und bestrebt sind, Lösungen zu finden.

IG BAU sieht Defizit beim sozialen Wohnungsbau: 700 neue Wohnungen im vergangenen Jahr im Kreis Unna



Eisenflechter beim Wohnungsneubau: Damit trotz steigender Baupreise mehr bezahlbarer Wohnraum in der Region entsteht, fordert die IG BAU Westfalen Mitte-Süd zusätzliche Anstrengungen von der Politik. Foto: IG BAU | Tobias Seifert

Vom Eigenheim bis zum Mehrfamilienhaus: Im Kreis Unna wurden im vergangenen Jahr 700 neue Wohnungen gebaut. Das teilt die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) unter Berufung auf aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamtes mit. Danach flossen in den Neubau Investitionen in Höhe von rund 323 Millionen Euro. „Zusätzliche Wohnungen sind ein wichtiger Beitrag gegen steigende Mieten. Wichtig ist dabei das bezahlbare Segment. Und es kommt vor allem darauf an, dass im sozialen Wohnungsbau noch mehr getan wird“, sagt Friedhelm Kreft.

Der Bezirksvorsitzende der IG BAU Westfalen Mitte-Süd sieht insbesondere die Politik in der Pflicht. Der Wohnungsbau in der Region könne nur dann Power zeigen, wenn in Berlin und

Düsseldorf die richtigen Weichen gestellt würden. „Die Bundesregierung hat 400.000 neue Wohnungen pro Jahr versprochen. Ein Viertel davon sollen Sozialwohnungen sein. Von diesem Ziel ist die Ampel-Koalition noch weit entfernt. Hier ist aber auch die Landespolitik gefordert“, so Kreft. Im vergangenen Jahr sind laut Statistik bundesweit lediglich 293.400 neue Wohnungen entstanden – 4,2 Prozent weniger als im Vorjahr. Zudem erschweren knappe Baumaterialien, steigende Energiepreise, Inflation und steigende Bauzinsen derzeit den Neubau, so die Gewerkschaft. Hinzu kämen ein hoher Fachkräftebedarf und unzureichende staatliche Förderungen.

Um vor allem „den lahmen Bau von Sozialwohnungen voranzubringen“, schlägt die IG BAU ein „Sonderpaket sozialer Wohnungsbau“ vor. Die Mehrwertsteuer auf Sozialwohnungen solle von 19 auf sieben Prozent abgesenkt werden. Der Bau einer staatlich geförderten Wohnung würde nach Angaben der Gewerkschaft so um zehn Prozent günstiger. „Außerdem müssen Bund und Länder dringend das Baurecht vereinfachen. Es wird höchste Zeit, dass Genehmigungsverfahren schlanker und schneller werden. Zwischen Bauantrag und Baubeginn geht oft wertvolle Zeit verloren“, betont Kreft.

Der IG BAU-Bezirksvorsitzende verweist auf eine enorme Chance, um zusätzlichen Wohnraum zu gewinnen: den Umbau bereits bestehender Gebäude. „Im Kreis Unna schlummert ein großes Potential in der Umnutzung von Altbauten. So lassen sich bei vielen Wohngebäuden, Büro-, Geschäfts- und Parkhäusern Dachetagen aufstocken. Dazu kommt – durch mehr Homeoffice – der Umbau von Büros zu Wohnungen.“ Gerade auch mit Blick auf den steigenden Wohnraumbedarf für die Menschen, die vor dem Krieg aus der Ukraine geflüchtet sind, müssten alle Möglichkeiten genutzt werden.

An die Adresse der heimischen Baubranche macht der Gewerkschafter deutlich: „Viele Firmen suchen dringend Fachkräfte, um die Aufträge bewältigen zu können. Aber qualifizierte Maurer und Zimmerleute gewinnt nur, wer

anständige Löhne zahlt und gute Arbeitsbedingungen bietet.“ Baubeschäftigte sollten sich nicht unter Wert verkaufen und auf einer tariflichen Bezahlung bestehen. Genug zu tun gebe es allemal, so Kreft.

Zukunftsaufgabe Klimaschutz bei Stadtverwaltung neu organisiert: Einrichtung einer „Stabsstelle Klimaschutz“

Die Stadt Bergkamen hat mit dem Anfang 2019 vom Rat beschlossenen Integrierten Klimaschutzkonzept eine strategische Grundlage für die kommunale Energie- und Klimapolitik geschaffen. Im Rahmen dieses Konzepts wird der Klimaschutz als Querschnittsaufgabe wahrgenommen, die vielfältige Handlungsfelder umfasst. Insgesamt beinhaltet das Klimaschutzkonzept der Stadt fünf Handlungsfelder mit insgesamt 27 Einzelmaßnahmen, welche sukzessive umgesetzt werden und bereits zu einigen Erfolgen im Bereich der kommunalen Klimaschutzarbeit führten.

Kurz nach Beschluss des Integrierten Klimaschutzkonzeptes wurde im Planungsamt der Stadtverwaltung die Personalstelle eines „Projektmanagers Klima und Umwelt“ eingerichtet, um die Initiierung und zielgerichtete Umsetzung der Einzelmaßnahmen zu gewährleisten. Seitdem hat der Mitarbeiter Herr Norman Raupach diese Stelle inne und somit die Federführung im Bereich der kommunalen Klimaschutzarbeit übernommen. In den

Bereichen „Mobilität“, „Planen, Bauen, Sanieren“, „Erneuerbare Energien“, „Wirtschaft“ und „Stadtverwaltung, Eigenbetriebe, Kommunalpolitik“. Gleichzeitig ist er als „Fuß- und Radverkehrsbeauftragter“ der Stadt Bergkamen Hauptansprechpartner für die Belange der Nahmobilität. Beispielhafte Ergebnisse dieser Handlungsfelder sind u.a. die Einrichtung einer dauerhaften und kostenlosen Energieberatung für die Bürgerschaft, die Durchführung des „Fußverkehrs-Checks NRW“ und die Einführung der „Bergkamener Checkliste Klimaschutz und Klimaanpassung zur Bewertung städtebaulicher Projekte“.

Dieses breite Aufgabenspektrum des Projektmanagers Klima und Umwelt wurde durch die politisch beschlossene Verschärfung der städtischen Klimaziele und der somit für die Stadt Bergkamen vorgesehene Klimaneutralität zum Jahr 2040 nochmals erweitert. Derzeit wird das bestehende Klimaschutzkonzept überarbeitet. Erste Erkenntnisse lassen bereits erkennen, dass eine deutliche Intensivierung und differenzierte Aufstellung des Klimaschutzes in Bergkamen notwendig wird.

Das Ziel der Klimaneutralität 2040, das breite Aufgabenspektrum des kommunalen Klimaschutzes sowie die fortlaufend spürbareren Auswirkungen des Klimawandels hat der Verwaltungsvorstand zum Anlass genommen, das Klimaschutzmanagement der Stadt Bergkamen neu zu organisieren und breiter aufzustellen. „Wir werden eine eigene „Stabsstelle Klimaschutz“ einrichten, die unmittelbar dem Baudezernenten zugeordnet ist“, verkünden Bürgermeister Bernd Schäfer und der zuständige Beigeordneter Marc Alexander Ulrich, der derzeit auch das Dezernat für Bauen und Stadtentwicklung verantwortet. „Diese Stabsstelle werden wir mit zusätzlichem Personal und mehr Kompetenzen und Befugnissen ausstatten, um den Handlungsspielraum der Stadt Bergkamen im Klimaschutz zu erhöhen. Dadurch wollen wir schnellere und weitreichendere Erfolge im Kampf gegen den Klimawandel erzielen“. Die Stabsstelle soll schnellstmöglich ihre Arbeit aufnehmen und

mit insgesamt vier Personalstellen ausgestattet werden, von denen zwei Stellen bereits im Hause vorhanden sind, darunter der mit Drittmitteln geförderte Klimaschutzmanager. „Wir wollen auf die erfolgreiche Arbeit von Herrn Raupach aufsatteln und mit zwei zusätzlichen Personalkräften unserer Verantwortung als Stadtverwaltung zur Förderung des Klimaschutzes in unserer Stadt gerecht werden“. Bis zum vollständigen Anlauf der neuen Stabsstelle müssen entsprechende Ausschreibungsverfahren und sämtliche begleitende organisatorische Aufgaben vollzogen werden.

Mit dieser eigenen „Stabsstelle Klimaschutz“ dieser Ausprägung nimmt die Stadt Bergkamen zukünftig im Kreis Unna eine Vorreiterrolle ein. Die Stadt hat erkannt, welche Anforderungen der Klimawandel an ihr eigenes Klimaschutzmanagement stellt, und hat deshalb ein umfangreiches Aufgabenprofil für ihre neue Stabsstelle formuliert. Im Vordergrund steht hierbei die Aktivierung wesentlicher Akteure der Stadtgesellschaft, welche einen unmittelbaren und bedeutsamen Effekt zur Einsparung von Treibhausgasemissionen beitragen können. Hierzu zählen insbesondere die in Bergkamen ansässigen Unternehmen, welche bspw. durch eine intensivere Nutzung erneuerbarer Energien massive CO₂-Einsparungen erwirken können.

Das größte Einsparpotenzial umweltschädlicher Emissionen verspricht jedoch eine ausgeprägte Mitnahme und gezielte Ansprache der Bürgerinnen und Bürger. Hier sollen vordergründig Beratungsleistungen ausgeweitet werden, um Privathaushalten Maßnahmen zur energetischen Sanierung des Eigenheims oder klimaschonende Verhaltensweise im Alltag lebensnah zugänglicher zu gestalten. Darüber hinaus soll die Förderung einer umweltfreundlichen Mobilität weiter intensiviert werden. Als Mitglied der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen (AGFS) legt die Stadt Bergkamen bereits einen besonderen Fokus auf die Förderung des Fuß- und

Radverkehrs. Zu einer umfassenden Verkehrswende im Sinne des Klimaschutzes gehören jedoch ebenfalls innovative Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), der E-Mobilität, des Car-Sharings, welche zukünftig durch die zuständige Stabsstelle effizient realisiert werden sollen.

Seit der Kommunalwahl 2020 gibt es in Bergkamen den neu gebildeten Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz. Damit hat das Thema Klimaschutz, aber auch die Klimafolgenanpassung, einen noch höheren Stellenwert bekommen. Diese Wertigkeit muss in der Stadtverwaltung auch organisatorisch abgebildet werden, da sich fast alle Ämter und Betriebe der Stadt in unterschiedlichen Bereichen mit Fragen des Klimaschutzes beschäftigen. „Bislang waren wir personell hier auch dezentral organisiert, was sich aber angesichts der Herausforderungen und des Zeitdrucks als nicht mehr vertretbar darstellte“, sagte Beigeordneter Ulrich. Daher hat der Verwaltungsvorstand auf Vorschlag des Baudezernates entschieden, dass eine spezialisierte und strategisch arbeitende Stabsstelle, angesiedelt beim Baudezernenten, die Gesamtsteuerung der Klimaschutzaufgaben übernehmen soll.

Ortsverband DIE LINKE stellt 10 x 9€-Tickets zur Verfügung

Das 9€-Ticket ist derzeit ein Dauerbrenner an den Ticketschaltern der Deutschen Bahn. Der Ortsverband Kamen/Bergkamen der DIE LINKE begrüßt, dass die Ticketpreise nun deutlich niedriger sind als sonst, setzt sich aber langfristig für einen komplett kostenlosen ÖPNV ein.

„Wir wissen außerdem, dass auch 9€ für viele Menschen in unserem Lande leider viel zu viel ist, insbesondere in der aktuellen Zeit mit steigenden Mietkosten, explodierenden Energiepreisen und einer kaum aufzuhaltenden Teuerung bei Lebensmitteln, erklärt der Ortsverband. „Deshalb stellen wir als Ortsverband Kamen/Bergkamen insgesamt 10 x 9€-Tickets zur Verfügung.

Wer ein solches Ticket benötigt kann sich beim Ortsverband über die bekannten Kanäle melden, wir werden dann die Tickets vergeben. Die Übergabe der Tickets erfolgt in der OV-Sitzung am 23.06.2022 um 18.30 Uhr im Parteibüro in Kamen. Dazu wird außerdem ein kleiner Imbiss gereicht.

Meldungen für diejenigen, die die Tickets brauchen, können diskret über folgende Kanäle eingereicht werden:

Per Post:

DIE LINKE. Kamen/Bergkamen

Oststraße 32

59174 Kamen

Im Büro (siehe oben) persönlich oder telefonisch (02307-75293 mit Anrufbeantworter) in der Sprechzeit jeden Dienstag von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr.

Per E-Mail an janabornemann09@gmail.com oder an till.peters@mein.gmx

Via Facebook (DIE LINKE Kamen Bergkamen)

Via Instagram ([linke.kamen.bergkamen](https://www.instagram.com/linke.kamen.bergkamen))